

**Die Beschwerden der Ukrainer.**

Die Beratungen der Regierung mit den ukrainischen Vertretern Ostgaliziens wurden gestern in einer mehrstündigen Besprechung abgeschlossen. Es kamen dabei neuerlich die Zusagen der Regierung, betreffend die Heranziehung der Bauern in Ostgalizien zu Arbeiten für die Großgrundbesitzer zur Sprache, ebenso die Tatsache, daß der ukrainische Abg. **B u d z i n o w s k y j** gelegentlich seines Einschreitens von Gendarmen verhaftet wurde, obwohl er sich als immuner Reichsratsabgeordneter legitimiert hatte; er wurde zwar sofort wieder in Freiheit gesetzt, immerhin beweise seine Verhaftung neuerdings, daß die Regierung energisch auf die unteren Organe einwirken müsse. Schließlich drückten die Abgeordneten die Mißstimmung über das bisherige Wirken der Wiederaufbauzentrale in Krakau aus, die nach ihrer Darstellung von den bisher bewilligten 300 Millionen nur 80 Millionen für Zwecke des Wiederaufbaues verwendet habe, während die übrigen 220 Millionen den Polen in Form von Subventionen zugewendet worden seien. Arbeitsminister **v. H o m a n n** erklärte sich mit der Forderung nach Wiedereinsetzung des Beirates der Krakauer Zentrale einverstanden. Sodann legte die Abordnung einen Nachweis vor, daß aus dem Kredit für landwirtschaftliche Zwecke bisher nur die polnischen Großgrundbesitzer Subventionen bezogen, während von dem im Berichte verzeichneten Vorschuß von 21 Millionen für Kriegsleistungsent-schädigungen die bäuerliche Bevölkerung bisher noch keinen Heller bezogen habe. Statthalter **G r a f H u y n** erwiderte, daß er diesbezüglich sofort genaue Berichte abverlangen werde, und daß selbstverständlich der Mittel- und Kleingrundbesitz die Entschädigungen erhalten müsse. Zu einem Schlussworte sicherte Ministerpräsident **Dr. R. v. S e i d l e r** Abhilfe der vorgebrachten Beschwerden an und gab auch dem Bedauern über den Mißgriff bei der Verhaftung des Abg. **B u d z i n o w s k y j** Ausdruck.